

## Faktencheck

### zu den aktuellen Rüstungsexportzahlen

Die Medien berichten am 24. Januar 2018 in großer Aufmachung unter Bezug auf eine Anfrage der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag über den Anstieg von Rüstungsexporten unter der letzten Großen Koalition.

Es wird berichtet, dass die Rüstungsexporte in der Amtszeit der letzten Bundesregierung (2013-2017) im Vergleich zur schwarz-gelben Vorgänger-Regierung (2009-2013) von 20 auf 24,9 Mrd. € (= 20 %) angestiegen seien, wobei die Exporte in sog. Drittländer (Nicht-NATO oder NATO-gleichgestellt) von 10 auf 14,5 Mrd. € (= 45%) angestiegen seien.

Diese Zahlen beziehen sich jeweils auf den letzten Schritt einer langen Genehmigungskette, nämlich auf die Genehmigungen zur tatsächlichen Ausfuhr bereits produzierter Güter in das jeweilige Besteller-Land. Die maßgeblichen Genehmigungen für den Abschluss dieser Geschäfte – die sog. Herstellgenehmigungen – sind jedoch zumeist viele Jahre früher erteilt worden, u.a. auch unter der schwarz-gelben Regierung, der davor amtierenden Großen Koalition oder der sogar der roten-grünen Regierung Schröder/Fischer.

Jede der genannten Bundesregierungen war bei ihrer Einzelentscheidung über die Genehmigung eines Rüstungsgeschäfts an die sehr strengen gesetzlichen Vorgaben nach Außenwirtschaftsgesetz oder Kriegswaffenkontrollgesetz gebunden, von denen in Deutschland der Export von Rüstungsgütern abhängig ist.

Die Industrie entscheidet hier nichts; die komplette Entscheidungshoheit in jedem Einzelfall liegt bei der jeweils amtierenden Bundesregierung, die darüber in einem geheim tagenden Ausschuss des Bundeskabinetts, dem sog. Bundessicherheitsrat, entscheidet. Dabei spielen sehr viele außen- und sicherheitspolitische Erwägungen sowie menschenrechtliche Aspekte eine Rolle, die selten der Öffentlichkeit erklärt werden, die aber von nachfolgenden Bundesregierungen in aller Regel respektiert werden (außer wenn sich die politischen Verhältnisse im Empfängerland deutlich ändern).

Daher kommt es unter jeder Bundesregierung – wie auch zuletzt unter der von 2013 bis heute amtierenden Großen Koalition – zur Ausfuhr von Rüstungsgütern, die bereits viele Jahre vorher u.a. auch von Vorgänger-Regierungen genehmigt und initiiert wurden. Der Vergleich der reinen Exportzahlen hat somit keine Aussagekraft über die Haltung einer spezifischen Regierung zu Rüstungsexporten im Allgemeinen.

## Faktencheck

Vor diesem Hintergrund noch zwei Anmerkungen zu den aktuellen Exportthemen „Panzer für die Türkei“ und „Exportstopp für Teilnehmer am Jemen-Konflikt“

- **Türkei:** Die Türkei wird als NATO-Partner im Rahmen von Einzelfallentscheidungen bei Waffenlieferungen genauso behandelt wie alle andere NATO-Partner auch. Gleichwohl hat die noch amtierende Bundesregierung erklärt, dass sie wegen der aktuellen Menschenrechtslage in der Türkei neue Rüstungsexporte dorthin genehmigungstechnisch eher restriktiv handhabt (s. Interview mit Außenminister Gabriel im SPIEGEL vom 07.01.2018). Über die von Außenminister Gabriel in Aussicht gestellte Kampfwertsteigerung der in der Türkei bereits vorhandenen Panzer vom Typ Leopard 2 hat die Bundesregierung noch nicht entschieden.
- **Jemen-Konfliktparteien:** Nach der sehr strengen deutschen Rüstungsexportgesetzgebung sind insbesondere solche Rüstungsgüter, welche im Bestimmungsland zu friedensstörenden Handlungen genutzt werden können, nicht genehmigungsfähig. Es ist daher generell nachvollziehbar, dass Exporte an Länder, die am Jemen-Konflikt beteiligt sind, grundsätzlich erst einmal restriktiv gehandhabt werden. Dennoch ist es uns ein Anliegen, hier für Unternehmen, die bereits laufende Lieferverpflichtungen mit solchen Ländern haben, möglichst schnell Rechtssicherheit zu schaffen. Außerdem fordern wir, dass die Bundesregierung den betreffenden Ländern ihre Entscheidung erklärt und dies nicht den deutschen Unternehmen überlässt, die auf die maßgeblichen politischen Entwicklungen und deren politische Bewertung durch die Bundesregierung selbst keinen Einfluss haben.

Berlin, den 24.01.2018

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.  
Atrium Friedrichstraße ▪ Friedrichstraße 60 ▪ 10117 Berlin  
Telefon +49 (0) 30 / 2061899 – 00 ▪ Fax +49 (0) 30 / 2061899 – 90  
[www.bdsv.eu](http://www.bdsv.eu)